

*Karner, Stefan/Tomilina, Natalja Georgievna/Tschubarjan, Alexander/Iščenko, Viktor Vladimirovich/Prozumenščikow, Michail/Ruggenthaler, Peter/Tüma, Oldřich/Wilke, Manfred (Hgg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Bd. 1: Beiträge, Bd. 2: Dokumente.*

Böhlau, Köln 2008, 1296 und 1598 S. (Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung Graz-Wien-Klagenfurt; Sonderband 9/1 und 9/2).

Die vorliegenden zwei Bände zum „Prager Frühling“ sind mit etwa 2800 Seiten die bisher wohl umfangreichste Publikation über die Ereignisse 1968 in der ČSSR. Das Ludwig-Boltzmann-Institut für Kriegsfolgenforschung mit Sitz in Österreich koordinierte das Projekt und ermöglichte die Zusammenarbeit von rund 80 Historikern aus Ost- wie Westeuropa. Die Besonderheit liegt in der erstmaligen Durchsicht der Russischen Archive zu diesem Thema, insbesondere des Russischen Staatsarchivs für Zeitgeschichte in Moskau, und der Übersetzung der Wortbeiträge im ersten sowie der historischen Dokumente im zweiten Band. Um diese 232 Quellen aus insgesamt

37 Archiven, die in Russisch und Deutsch (teilweise Englisch) abgedruckt sind, zentrieren sich der Aufbau und die Argumentationsstruktur der Publikation.

Der erste Band schildert in 70 Beiträgen die Ereignisse in der ČSSR um das Jahr 1968 aus den jeweiligen Perspektiven der verschiedenen involvierten Staaten. So sind die einzelnen Kapitel überschrieben mit: Der Kreml und der „Prager Frühling“, Die Atomkräfte 1968, Die „Bruderländer“ und Moskau sowie Europa und der „Prager Frühling“. Es folgen Kapitelunterteilungen nach spezifischen Themen, wie beispielsweise die Untersuchung der militärischen Intervention, die Arbeit der Geheimdienste, die Reaktionen der Gesellschaften in den ehemaligen Sowjetrepubliken oder die Schilderung der Ereignisse aus Sicht der Zeitzeugen.

Durch die teilweise erstmalige Einsicht in das Quellenmaterial beschäftigen sich die Beiträge vor allem mit deren historischer Ausdeutung. Die Entscheidungsfindungen der „Großen Männer“ und „kleinen Drahtzieher“ im Hintergrund werden detailgetreu nachgezeichnet. Die Artikel geben einen Einblick in das dicht gewobene Netzwerk, in dem verschiedene Akteure den Informationsfluss zwischen und innerhalb der Länder in bestimmte Richtungen steuerten. Die Autoren des ersten Bandes arbeiten sich vor allem an der Chronologie der Ereignisse ab und versuchen, neue Erkenntnisse und Erklärungszusammenhänge mit der Fokussierung auf das Ende des „Prager Frühlings“ herauszustellen. Durch diese Blickrichtung fehlt dem Ansatz zuweilen eine kritische Distanz zum Phänomen „Prager Frühling“ an sich. Es wird nicht deutlich, ob die gewaltsame Beendigung der Reformbestrebungen in der ČSSR zum „Prager Frühling“ zu zählen ist oder nicht. Bei näherer Betrachtung handelt es sich um zwei gegensätzliche Vorgänge, die zwar miteinander verbunden sind, sich aber nur schwer unter dem positiv konnotierten Wort „Frühling“ fassen lassen. Der „Prager Frühling“ als Reform bezieht sich auf die Prozesse in einem Land des sowjetischen Einflussbereichs, dessen politische und intellektuelle Elite versuchte, auf die wirtschaftlichen Probleme, das politische Missverhältnis zwischen Tschechen und Slowaken sowie eine wenig präsenste Öffentlichkeit zu reagieren. Der „Prager Frühling“ im Bezug auf die Intervention macht den Umgang der Großmacht Sowjetunion mit der sich verändernden Situation innerhalb des „sowjetischen Blocks“ sowie im globalen Machtgefüge deutlich. Beide Phänomene waren eng miteinander verwoben und doch unterschiedlichen Handlungsstrategien unterworfen.

Die Bände bestechen durch ihre Detailgenauigkeit und den Versuch, sich den Handlungsperspektiven der Akteure zu nähern und sie zu erklären. Dabei spielen die Protokolle der Treffen der „Bruderländer“ eine zentrale Rolle. Hieraus werden neue Erkenntnisse über die Machtmechanismen zwischen den Regierenden gewonnen und deren Stärken und Schwächen verdeutlicht. Dubček stellt dabei eine große Angriffsfläche dar. Oldřich Tůma macht in seinem Beitrag darauf aufmerksam, dass die heutigen Interpretationen des damaligen Regierungsoberhauptes in den osteuropäischen Ländern fast im Gegensatz zu denen der westeuropäischen Länder stehen (Bd. 1, S. 82 f.). Dabei sei der westeuropäische „Mythos Dubček“ durchaus zu hinterfragen. Die Reformen der Regierung unterlagen keiner durchdachten Strategie. Laut Tůma scheiterten sowohl die Gesellschaft als auch die Regierung an der Umsetzung der Reformen. Die seit Anfang der 1960er Jahre um Liberalisierung

bemühte Regierung war ab 1965 durch Lagerbildung zunehmend blockiert und verharrte in einer schizophrenen Situation des Getriebenseins durch die Kritik der eigenen Gesellschaft auf der einen Seite und der Regungslosigkeit durch die Einschränkung jeglicher Reformbemühungen durch die Sowjetunion auf der anderen. In dieser Situation kam Dubček eine entscheidende Vermittlungsrolle zu. Er versuchte durch „Vertrösten“ beide Seiten zur Ruhe zu bringen. Für diese Haltung wird er in einigen Beiträgen der Publikation stark kritisiert. Seine „Hinhaltetaktik“ habe zu den Ursachen der harschen Reaktion der Sowjetunion geführt, meint beispielsweise Michail Prozumenščikov (Bd. 1, S. 230). Das im zweiten Band vollständig abgedruckte Telefongespräch zwischen Dubček und Brežnev vom 13. August 1968, das für den Einmarsch der Warschauer Pakt-Staaten entscheidend war, verdeutlicht dieses Verhalten auf exemplarische Weise (Dok. 57, Bd. 2, S. 329-343).

Doch nicht nur Dubček wäre diese Hilflosigkeit vorzuwerfen. In den Protokollen zu den Treffen der „Bruderländer“ wird auch die Ratlosigkeit der anderen Regierungschefs offenbar. Der Verweis auf eine Konterrevolution in der ČSSR wurde häufig bemüht und mit wenig aussagekräftigen Schlagworten untermauert. Über alternative Lösungsansätze einer Reaktion auf die Reformen ist wenig zu lesen. Eine eindeutigere Fokussierung besaßen die „Kleinen“. Der Einblick in die Quellen ermöglicht hier eine Neuinterpretation der Rolle und Funktion von Personen auf der mittleren Machtebene, denn diese waren die eigentlichen Katalysatoren der Entscheidungsfindung. In zwei Beiträgen des ersten Bandes wird dies besonderes deutlich. Das ist zum einen der Aufsatz über die Rolle der KPdSU von Ol'ga Pavlenko (Bd. 1, S. 243-278). Die KPdSU war für den Informationsfluss aus der ČSSR mit dem Außenministerium der UdSSR, dem KGB und der militärischen Gegenspionage breit aufgestellt. Wie über die einzelnen Ereignisse berichtet wurde, hing stark von den persönlichen Kontakten der Informanten ab. Die KPdSU war in hohem Maße von der Auslegung der Ereignisse durch die eigenen Informationsübermittler abhängig. In deren Berichten tauchen immer wieder Vergleiche mit der „ungarischen Konterrevolution“ von 1956 auf, die für die Handlungsstrategien richtungsweisend sein sollte. Gleichzeitig forderte die KPdSU beispielsweise den KGB dazu auf, Beweise für die westliche Infiltration zu suchen, und heizte damit den Glauben an die „Konterrevolution“ an.

Ein zweites Beispiel dafür, welche Bedeutung Personen auf mittlerer Rangebene haben konnten, zeigt der Beitrag über die SED von Manfred Wilke (Bd. 1, S. 421-446). Auch der Botschafter der DDR hatte enormen Einfluss auf die Entscheidungsfindung Ulbrichts. Florin nutzte als erster das Wort „Konterrevolution“, was sich auf die Argumentation der SED übertrug. Bei der Suche nach einer Antwort auf die teilweise heftigen Reaktionen in den „Bruderländern“ wird aus heutiger Perspektive häufig darauf verwiesen, dass alle Staatschefs der Nachbarländer Angst vor einem „Überschwappen“ der Reformbewegung auf das eigene Land hatten. Dafür spielte wie bereits erwähnt auch die Erinnerung an den ungarischen Fall von 1956 eine wichtige Rolle, der von allen Seiten als Argument herangezogen wurde. In den Augen von Csaba Békés hatte Dubček im Vergleich zu den Ereignissen in Ungarn keine andere Wahl, als die Sowjetunion durch Hinhalten zur Ruhe zu bringen, denn ein Eingriff in die Gesellschaft hätte einen Konflikt mit der Gesellschaft

bedeutet (Bd. 1, S. 285). Für die Ungarn waren die tschechoslowakischen Reformer von besonderer Bedeutung. Ihnen war am Erfolg des Vorhabens gelegen. Sie nahmen die Rolle des Vermittlers ein und warnten die Sowjetunion vor den Folgen eines militärischen Eingriffs. Damit wurde gleichzeitig der Verarbeitungsprozess der eigenen Geschichte in Gang gesetzt.

Was die Forschung auf diesem Feld ebenfalls beschäftigt, ist die Rolle der Amerikaner. Erschreckend wirkt die scheinbar gleichgültige Reaktion des US-amerikanischen Präsidenten Johnson, als ihm der sowjetische Botschafter Dobrynin am Abend des 20. August 1968 die Nachricht vom Einmarsch überbrachte. Viel wurde und wird darüber spekuliert, weshalb sich die Amerikaner so bedeckt hielten. Die Hauptargumente drehen sich um die fehlenden Truppen infolge des Vietnam-Kriegs, die fehlende Vereinbarung mit der ČSSR sowie die Angst vor einer Eskalation und einem Nuklearkrieg. Westeuropa, allen voran de Gaulle, verurteilte damals diese Reaktion und unterstellte den USA, sie hätten eine stillschweigende Vereinbarung mit UdSSR über die Weltaufteilung in einer Zwei-Mächte-Weltordnung getroffen. Bis heute wird darüber diskutiert, ob die Aussage Johnsons, die Ereignisse in der ČSSR seien ein Problem der Warschauer Pakt-Staaten, der Sowjetunion „grünes Licht“ signalisierte. Günter Bischof sieht darin bereits ein Zeichen für die Veränderung der Weltordnung und den Niedergang der amerikanischen Hegemonie (Bd. 1, S. 354).

Ein Thema das die Publikation bei der Suche nach der „historischen Wahrheitsfindung“ beschäftigt, ist der Auslöser für den Nichteinmarsch der NVA. Es seien moskautreue Kommunisten der KSČ gewesen, die unter Verweis auf die jüngste Geschichte darum baten, die Deutschen nicht in die Tschechoslowakei einmarschieren zu lassen. Immer noch ist die Forschung auf der Suche nach den Beweisen für einen „Hilferuf“ der Mitglieder der KSČ. Dieser lässt sich in den neuen Dokumenten finden, ist in der Beurteilung aber abhängig von der jeweiligen Interpretation. Interessant ist, dass die sowjetische Seite bereits am 26. August 1968 das Argument des „Hilferufs“ zurücknahm. In der heutigen Erinnerung der tschechischen und slowakischen Gesellschaft spielt die Frage nach der Existenz eines „Hilferufs“ immer noch eine entscheidende Rolle. Dass jenes Jahr weiterhin so bedeutsam ist, liegt zum einen daran, dass die sowjetischen Truppen durch ihre jahrzehntelange Präsenz die Erinnerung in der Bevölkerung wach hielten, zum anderen aber an der unterdrückten öffentlichen Debatte über diese Ereignisse. Diese flammte erst nach 1989 auf und war von der Frage geprägt, warum das Land den Warschauer Pakt-Staaten so „kampflos“ überlassen wurde. Der Beitrag von Jan Pauer über diese Erinnerungsdebatte verweist auf die Lücken in dieser Publikation (Bd. 1, S. 1203-1216). Dem Buch fehlen Beiträge über die tschechoslowakischen Perspektiven von unten. Das wird besonders deutlich im Artikel über die sowjetrussische Gesellschaft, den man sich auch für die der ČSSR gewünscht hätte (Bd. 1, S. 823-846). Auch in dem Kapitel, das Raum für Zeitzeugenberichte gibt, kommen die Reformanhänger aus der Bevölkerung nicht zu Wort.

Was diese beiden Bücher leisten, ist die Darstellung der Ereignisse in der ČSSR Ende der 1960er Jahre auf detaillierte und durch die Quellen vor allem anschauliche Weise. Im Mittelpunkt der Analysen steht das Handeln der Regierenden, das auf fast

schon minutiöse Art die Denkweise der politischen Akteure in einer Zeit beginnender globaler Veränderungen offenlegt. Während durch die erfolgreiche Tet-Offensive der Vietnamesen die Amerikaner an ihrer Hegemonialstrategie zu zweifeln begannen, wollte die UdSSR noch nicht wahrhaben, dass der Reformkommunismus der Tschechoslowakei ein erstes Krisensymptom des Sowjetkommunismus darstellte.